

Kurzmeldungen

zusammengestellt von Theo Ebberts

Adivasi-Kampagne

Aus Anlaß des 'Internationalen Jahres der indigenen Völker 1993' findet in diesem Jahr eine europaweite Adivasi-Kampagne statt. Jeder vierte der weltweit 250 bis 300 Millionen Ureinwohner lebt in Indien. Modernisierung, Sanskritisierung, landwirtschaftliche und industrielle Großprojekte bedrohen die wirtschaftliche Existenz und kulturelle Identität der indischen Ureinwohner (Adivasi).

Nachdem im Januar auf Initiative der 'Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz' verschiedene Organisationen der Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit in der Schweiz eine Kampagne für die Adivasi gestartet haben, werden im Laufe des Jahres auch in der Bundesrepublik, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und anderen europäischen Ländern Kampagnen für die Adivasi durchgeführt. In der Bundesrepublik haben die 'Gesellschaft für bedrohte Völker' und die 'Indienhilfe' Herrschaft, die Federführung der Kampagne übernommen. Der Kampagne angeschlossen haben sich unter anderem die Südasien-Arbeitsgemeinschaft Berlin, das Südasienbüro Dortmund, die Swaraj-Gruppe Heidelberg und verschiedene Arbeitskreise von amnesty international.

Im September wird eine Delegation hochrangiger Adivasivertreter erwartet, die auf Großveranstaltungen in verschiedenen Großstädten der Bundesrepublik die Anliegen der indigenen Völker Indiens einer breiten Öffentlichkeit vorstellen wollen. Als Veranstaltungsorte sind Berlin, München, Heidelberg und Bremen/Hamburg vorgesehen. Zur Vorbereitung und inhaltlichen Unterstützung der Kampagne suchen die beteiligten Gruppen noch Leute, die sich mit den deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen auseinandersetzen, die (bereits vorhandenes) Material über Projekte der staatlichen und 'privaten' Entwicklungszusammenarbeit und deren Auswirkungen auf Adivasi auswerten und die sich mit der Situation von Adivasi in den Teeplantagen Indiens beschäftigen wollen.

Ziel der Kampagne ist es, eine möglichst breite Öffentlichkeit auf die problematische politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation der Adivasi aufmerksam zu machen und Anstoß zu geben, in der developmentpolitischen Zusammenarbeit die Belange der Adivasi besonders zu berücksichtigen.

Weizen aus USA nach Indien

Indien erwartet derzeit die Lieferung von drei Millionen Tonnen Weizen aus den USA, Kanada und Australien. Bei Gesamtkosten von 15 Milliarden Rupien (ca. 800 Millionen DM), die in harten Devisen geleistet werden müssen, werden die ohnehin knappen Devisenreserven des Landes um weitere 500 Millionen US-Dollar belastet. Nachdem sich Indien in den letzten Jahren damit gerühmt hat, bei der Nahrungsmittelversorgung Import unabhängig geworden zu sein, findet der Import von Weizen in dieser Größenordnung große Beachtung und ruft eine zum Teil heftige Kritik in Indien hervor. Dabei heben die Kritiker vor allem die nachteiligen Folgen für die einheimische Landwirtschaft hervor, die durch die Preispolitik der indischen Regierung hervorgerufen werden.

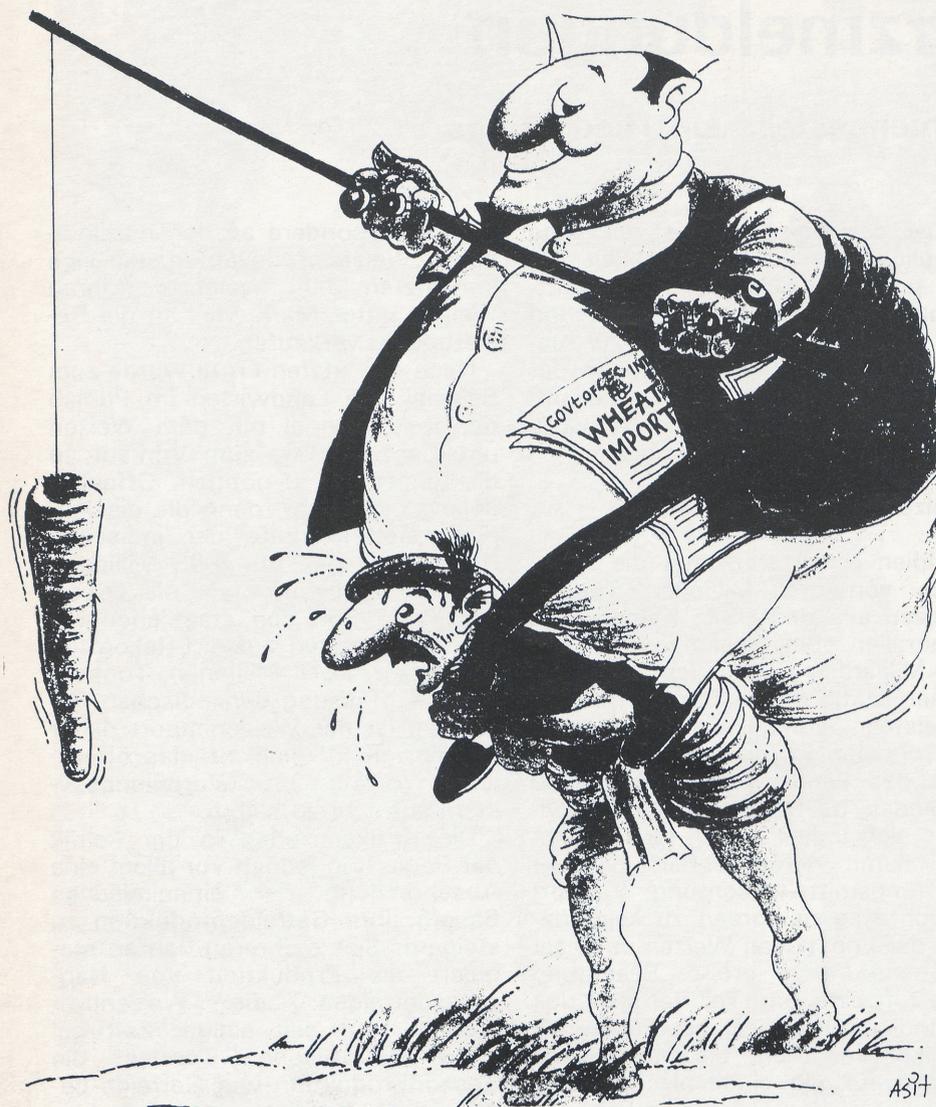
Für einen Zentner Weizen kann ein indischer Landwirt auf dem Markt einen Preis von etwa 330 Rupien erzielen. Die indische Regierung, die jedes Jahr große Weizenmengen für die öffentlichen Getreidelager und öffentlichen Lebensmittelverteilungsprogramme aufkauft, bietet ihm jedoch nur 280 Rupien je Zentner. Für jeden Zentner Importweizen ist sie jedoch bereit, 530 Rupien zu zahlen. "Hätten wir die gleiche Menge Weizen auf den heimischen Märkten gekauft, hätte dies zu einem starken Preisanstieg geführt," begründet Tejinder Khanna, der für das Importgeschäft zuständige Beamte den Weizendeal. Damit gibt er, so die Kritiker, offen die wahren Absichten der Regierung zu: Es geht darum, den Marktpreis für Weizen künstlich tief zu halten. In diesem Licht betrachtet erscheint der geplante Weizenimport beinahe als eine Racheaktion der indischen Regie-

rung insbesondere an den nordindischen Weizenproduzenten, die sich im letzten Jahr weigerten, ihren Weizen unter Marktwert an die Regierung zu verkaufen.

Nach der letzten Ernte wurde zum Beispiel den Landwirten im Punjab der freie Handel mit dem Weizen untersagt, um sie zum Verkauf an die Regierung zu nötigen. Offenbar gelang dies nicht, denn die diesjährigen Getreidekäufe der indischen Regierung lagen mit 6,35 Millionen Tonnen so niedrig wie nie zuvor. Die Vorräte in den staatlichen Lagerhallen sanken auf ein Rekordtief von etwa zwei Millionen Tonnen. Nach Auffassung der indischen Regierung ist der Weizenimport daher die einzige Möglichkeit, das öffentliche Vorrats- und Verteilungssystem aufrecht zu halten.

Die Kritiker sehen in der Politik der Regierung jedoch vor allem eine Abschreckung der einheimischen Bauern, ihre Getreideproduktion zu steigern. Seit mehreren Jahren stagniert die Produktion von Nahrungsgetreiden: die Weizenproduktion liegt seit einiger Zeit bei etwa 55 Millionen Tonnen, die Gesamtproduktion von Getreide beträgt nun schon im vierten Jahr hintereinander nicht viel mehr als 170 Millionen Tonnen. Dies ist nicht etwa nur auf die klimatischen Bedingungen zurückzuführen (der Monsun ist diesmal sogar recht gut ausgefallen), sondern zu einem großen Teil auf die künstlich erzeugten Niedrigpreise. Dadurch wird es für die Farmer immer unattraktiver, Weizen und andere Nahrungsgetreide als 'Cashcrops' anzubauen. Landwirte in den USA oder der EG erhalten aufgrund von Subventionen für ihre Produkte Preise, die 26 Prozent beziehungsweise 37 Prozent über den Preisen liegen, die sie auf einem 'freien' Weltmarkt erzielen könnten. Indische Bauern werden dagegen sozusagen 'negativ' subventioniert, indem die Preise künstlich niedrig gehalten werden.

Diese 'Negativsubventionierung' von 2,3 Prozent wird damit begründet, sie komme vor allem den Armen zugute, da sie den Preis für Grundnahrungsmittel niedrig halte. Vor allem stehe dadurch dem öf-



Karikatur auf die Weizenimporte (aus: 'Manushi')

fentlichen Verteilungssystem billiges Getreide zu Verfügung. Wie realitätsfern diese Begründung nach Auffassung der Kritiker ist, zeige sich, wenn man bedenkt, das 80 Prozent der Armen auf dem Land leben, jedoch 80 Prozent der Verteilungszentren für Nahrungsmittel in städtischen Gebieten liegen. Mit anderen Worten: die billigen Rationen erreichen nur einen Bruchteil der 'wirklich' Armen, d.h. der landlosen Landarbeiter, in deren Namen die Niedrigpreispolitik gerechtfertigt wird.

So werden die Getreidepreise in Wirklichkeit niedriggehalten, um urban-industrielle Interessen zu befriedigen und diesen ein möglichst niedriges Lohnniveau zu sichern. In Verbindung mit den Kürzungen von Subventionen für Düngemittel, von denen vor allem Klein- und Mittelbauern betroffen sind, führt die Niedrigpreispolitik zu einer weiteren

Verarmung der ländlichen Bevölkerung. Der Druck auf die städtischen Arbeitsmärkte wird sich durch den ständigen Zustrom von Landarbeitern und ehemaligen Bauern erhöhen, die in die Städte ziehen, weil sie durch ihre landwirtschaftliche Tätigkeit ihren Lebensunterhalt nicht mehr sichern können.

McDonalds nach Indien

Wie Anfang Februar in Neu Delhi bekannt wurde, hat die indische Regierung Investitionsvorhaben des Fast-Food-Multinationals McDonalds genehmigt. McDonalds beabsichtigt während der nächsten sieben Jahre über 20 Millionen US-Dollar in eine Restaurantkette in Indien zu investieren. Während die meisten der geplanten Restaurants als Joint-Ventures zwischen einem indischen Unternehmer und einem Vertreter McDonalds geführt wer-

den sollen, kann McDonalds einige wenige der Restaurants auf eigene Rechnung führen. Das McDonalds-Projekt ist nur eines von insgesamt 25 Investitionsvorhaben ausländischer Investoren, die im Februar die Zustimmung der indischen Regierung fanden. 13 dieser Projekte sind in den Bereichen Leder und Schuhherstellung, synthetische Garne, chemische Industrie und ähnlichem angesiedelt und sollen ausschließlich für den Export produzieren. Zu den wichtigsten Unternehmen, deren Anträge genehmigt wurden, zählt die britische Glaxo-Gruppe, die ihren Anteil an Glaxo-India nun auf 51 Prozent erhöhen darf.

Innerparteilicher Aufstand gegen Rao gescheitert

Der Parteiausschuß der Kongreßpartei ('Congreß Working Committee' - CWC) hat während seines Treffens Anfang Februar kategorisch Forderungen zurückgewiesen, Premierminister Rao solle von seinem Posten als Parteivorsitzender zurücktreten. Der Minister für 'Human Resource Development', Arjun Singh, gilt als der Initiator des innerparteilichen Aufstandes. Nach den Ereignissen von Ayodhya und den Unruhen in Bombay war er wiederholt mit Forderungen nach einem schärferen Vorgehen gegen die BJP und ihren Verbündeten an die Öffentlichkeit getreten. Heftig trat er gegen die zögerlichen Reaktionen seiner Partei ein und forderte den Kongreß auf, deutlicher für die säkularen Prinzipien der indischen Verfassung einzutreten. Unzufrieden mit der Haltung des Premierministers, beantragte er die Einhaltung des Prinzips 'Ein Mann - ein Posten' und verband damit die Forderung, Rao solle seinen Parteivorsitz niederlegen, da er unmöglich zwei so wichtigen Ämtern wie Parteivorsitzender und Premierminister gerecht werden könne. Das CWC bestätigte zwar grundsätzlich das 'Ein Mann - ein Posten'-Prinzip, stellte jedoch fest, dieses sei nicht auf den Premierminister anzuwenden.

Was auf den ersten Blick wie eine Niederlage für Singh und seine Anhänger aussieht, ist in Wirklichkeit eher ein psychologischer Sieg. Immerhin ist er unbeschadet aus dem CWC-Treffen hervorgegangen und bleibt weiterhin Minister. Außerdem ist es ihm gelungen, durch seinen Vorstoß, die Themen Ayodhya und Säkularismus zum Haupt-

anliegen des im März stattfindenden gesamtindischen Parteitages der 'Congreß'-Partei zu machen.

Neue Offensive der PWG?

Nach ihrem Verbot im Mai vergangenen Jahres und heftigen internen Auseinandersetzungen, hat die naxalitische 'People's War Group' (PWG) zu Beginn dieses Jahres durch den Mord an einem hohen Polizeioffizier sowie der Entführung eines Mitglieds des Landesparlaments des Bundesstaates Andhra Pradesh für Aufsehen gesorgt. Für die Sicherheitskräfte ist dies ein empfindlicher Rückschlag, nachdem man zuletzt davon ausging, die terroristischen Aktivitäten der PWG allmählich endgültig eindämmen zu können. Stolz verwiesen die Sicherheitskräfte noch im Januar auf ihre Erfolge im vergangenen Jahr: 249 angebliche 'Naxaliten' wurden in 180 sogenannten 'Zusammenstößen' getötet, 3.500 wurden inhaftiert und mehr als 8.600 sollen sich der Polizei gestellt haben. Nach schweren internen Auseinandersetzungen, die den Ausschluß Kondapalli Seetharamiah, ihres Gründers aus der PWG als Folge hatten, galt die PWG als zu geschwächt, um noch eine ernsthafte Gefahr darzustellen.

Ende Januar wurde die Öffentlichkeit eines besseren belehrt. Beim Jogging in einem Sportstadion in Hyderabad wurde am 27. Januar der 'Deputy-Inspector-General' Srinivasa Vyas von einem fünfköpfigen PWG-Kommando erschossen. Trotz der Anwesenheit von Vyas Leibwächtern konnten sie ihren Anschlag ausführen und unbehelligt entkommen. Drei Tage später wurde das Kongreßmitglied und Parlamentsabgeordneter P. Balaraju zusammen mit neun seiner Begleiter entführt. Diese Aktionen erfolgten kurz nach der Erschießung des Leiters des Regionalkomitees für Nord Telengana der PWG durch ein Polizeikommando am 26. Januar. Vyas galt wegen seiner Befürwortung eines kompromißlosen Vorgehens der Polizei gegen die PWG schon lange als wichtiges Ziel eines möglichen Anschlags. Sein Name steht auf einer 'Abschußliste', die bei einem erschossenen PWG-Mitglied gefunden wurde, an vierter Stelle. Als ehemaliger Polizeichef von Nalgonda und Gründer eines Sondereinsatzkommandos zur Naxalitenbekämpfung hatte er sich durch seine harten Methoden schon vor Jahren einen Namen als Kämp-

fer gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen gemacht.

Der entführte Parlamentsabgeordnete wurde inzwischen, nach beinahe vierwöchiger Gefangenschaft, wieder auf freien Fuß gesetzt, und einer der inhaftierten PWG-Aktivisten im Austausch aus der Haft entlassen. In einem Schreiben, daß sie Balaraju mitgaben, weisen seine Entführer auf die brutalen Polizeieinsätze gegen vermeintliche Naxaliten hin, denen vor allem Unschuldige zum Opfer fielen.

Das Vorgehen des Staates, der allein durch den massiven Einsatz von Gewalt das 'Problem Naxaliten' zu lösen sucht, ohne nach dessen sozio-ökonomischen Ursachen zu fragen, ruft nur wieder Gegenangewalt hervor. Die Nachschubwege der Naxaliten mit Waffen sind nach wie vor intakt, und in letzter Zeit haben sie damit begonnen, in den unzugänglichen Wäldern bei Nizamabad und Adilabad Raketenwerfer zu testen.

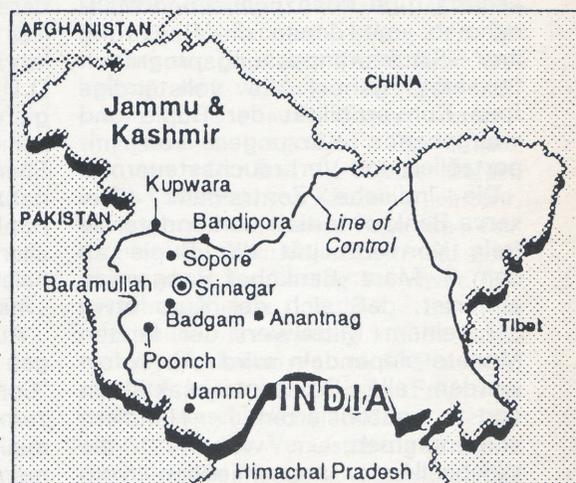
Trotz des kompromißlosen Vorgehens der Polizei gegen die PWG und ihre Sympathisanten verfügen die Naxaliten noch immer über einen relativ breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Immer wieder gibt es Beispiele, wo insbesondere verarmte Land- und Waldbewohner sich mit der Bitte an die PWG wenden, Streitigkeiten zu schlichten und Recht zu sprechen. Die Unterstützung durch die Bevölkerung mag zum Teil mit Gewalt erzwungen sein, doch darf das 'Robin-Hood-Image' der Naxaliten von den Behörden nicht unterschätzt werden.

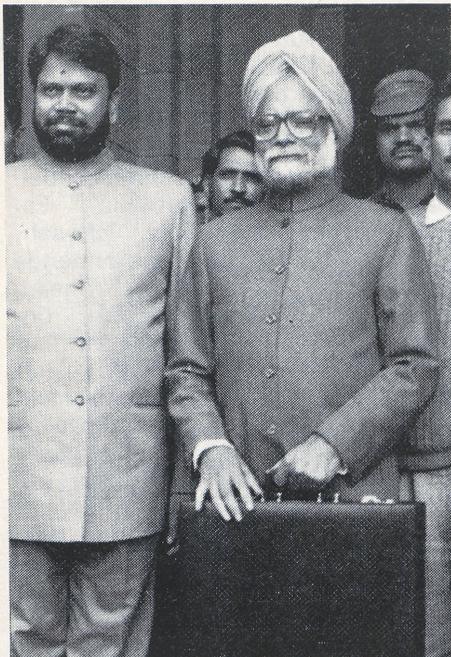
Massaker in Kaschmir

Meldungen einer Nachrichtenagentur zufolge soll es Anfang Januar bei einem Feuergefecht zwischen indischen 'Grenzschutztruppen' ('Border Security Force' -BSF) und Separatisten in Sopore, einem Zentrum für Apfelanbau, zu einer Explosion gekommen sein, bei der mehr als 40 Menschen getötet wurden. Augenzeugenberichte ergeben jedoch ein völlig anderes Bild der Ereignisse. Demnach soll eine Einheit der bewaffneten Oppositionsgruppe 'Hizbul Mujahedeen' eine Streife der BSF überfallen haben, wobei einer der Soldaten getötet wurde. Bei Bekanntwerden des Anschlags soll dann das 94. Battalion der BSF einen Amoklauf durch die 70.000 Einwohner zählende Stadt begonnen haben. So

berichtet ein Augenzeuge: "Wir, mein Bruder und ich, wollten gerade unseren Laden öffnen als wir Gewehrfeuer hörten. Innerhalb von Minuten sahen wir BSF-Männer ausschwärmen, die blindlings das Feuer eröffneten. Sie schrien dabei: 'Sab Ko Maro' - Tötet alle." Ein anderer Zeuge sagt aus: "Ich sah, wie die BSF-Leute brennende Kartons auf den Körper Sheikh Ghulam Mohammed warfen, um den Eindruck zu erwecken, der über Siebzigjährige sei durch Verbrennungen und nicht durch Kugeln gestorben. Die BSF unternahm alles mögliche, um die Leichname derjenigen, die durch ihre Kugeln gestorben waren, zu verbrennen. Mehr als 250 Geschäfte und 500 Wohnhäuser wurden ein Raub der Flammen."

Unterdessen stellte der neu ernannte Staatsminister im Innenministerium, Rajesh Pilot, fest, die Situation im Kaschmir würde sich langsam aber stetig verbessern, nachdem die Menschen die 'Bedeutungslosigkeit des Gewehrs' erkannt hätten. Während eines dreitägigen Besuchs in Kaschmir - "um ein Gefühl für die Situation zu bekommen" - hatte der Minister Gelegenheit, mit Vertretern verschiedenster Behörden und Institutionen zu sprechen. Klagen über die Verhaftung Unschuldiger begegnete Pilot mit der Ankündigung der Einrichtung von Komitees, die wöchentlich zusammenkommen sollten, um solche Fälle zu überprüfen. Er habe sich mit einer Reihe von Jugendlichen getroffen, die alle berichteten, sie seien von den militanten Kämpfern gezwungen worden, sich an deren Aktionen zu beteiligen. Allein in der Woche vor dem Besuch des Politikers kamen bei





Finanzminister Singh nach der Präsentation seines Budgets (Foto: Pramod Pushkarna)

'militärischen Auseinandersetzungen' 35 Personen ums Leben. Unter ihnen der Chefarzt eines Krankenhauses in Srinagar. Während die Sicherheitskräfte zu Protokoll gaben, der Arzt sei in ein Feuergefecht zwischen ihnen und den Terroristen geraten, beschuldigt seine Witwe als Zeugin des Vorfalls die Polizei. Diese habe ihren Mann grundlos erschossen, als dieser sich auf dem Weg zu seinem Haus befand.

Völlige Konvertibilität der Rupie

In einer 97 Minuten dauernden Rede vor dem indischen Parlament hat Finanzminister Manmohan Singh den Haushalt für 1993/94 vorgestellt. Zu den wichtigsten wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen, mit denen die Regierung ihr Struktur Anpassungsprogramm fortsetzt, gehört die vollständige freie Konvertibilität der Rupie und weitgehende Kürzungen von Importzöllen und Verbrauchssteuern.

Die indische Zentralbank ('Reserve Bank of India') verkündete die freie Konvertibilität der Rupie ab dem 2. März. Bankchef Rangarajan erwartet, daß sich der Kurs etwa bei seinem Mittelwert der letzten Monate einpendeln wird. Ab sofort werden alle Devisentransaktionen von autorisierten Händlern vorgenommen, wobei die Wechselkurse ausschließlich vom Markt bestimmt werden sollen.

Gänzlich von Verbrauchssteuern

ausgenommen werden Kaffee und Tee. Für Elektroartikel wie Ventilatoren, Klimaanlage, Batterien, Radios und anderen elektrischen Haushaltsgeräten werden die Verbrauchssteuern bis zu 13 Prozent gesenkt, für Autos um 15 Prozent.

Unternehmen, die in 'industriell rückständigen' Regionen Produktionsstätten eröffnen, sind für einen Zeitraum von fünf Jahren von der Unternehmenssteuer befreit; gleiches gilt für neue Unternehmen im Bereich der Energieversorgung. Zoll- und Steuerbefreiungen bedeuten einen Einkommensverzicht von mehr als 48 Milliarden Rupien für die Staatskasse. Man erhofft sich jedoch durch das Maßnahmenpaket eine Belebung des Außenhandels, insbesondere der Exporte.

'Congress-(I)' Wahlsieger in Nagaland und Meghalaya

Aus den Parlamentswahlen in den nordöstlichen Bundesstaaten Meghalaya und Nagaland im Februar ist die 'Congress'-Partei als klarer Sieger hervorgegangen. In Meghalaya gewann der 'Kongreß' 24 von 60 Sitzen und ist damit stärkste Einzelpartei und kann mit Hilfe von unabhängigen Abgeordneten die Regierungsgeschäfte übernehmen. Während hier die neue Landesregierung unter Chiefminister Salseng bereits vereidigt ist, kann die Regierung in Nagaland erst dann mit ihrer Arbeit beginnen, wenn das seit April 1992 bestehende 'Presidents rule' aufgehoben ist. In Nagaland konnte die 'Congress'-Partei mit 35 von 60 Sitzen sogar die absolute Mehrheit im Landesparlament erreichen.

Ihr gutes Abschneiden in Meghalaya verdankt die Partei nahezu ausschließlich ihren Hochburgen in den drei Garo-Hill Distrikten. In anderen Wahlbezirken mußte sie zum Teil recht empfindliche Niederlagen hinnehmen. So wurde zum Beispiel D.D. Lapang, der die vorherige Regierungskoalition angeführt hatte, in seinem Wahlbezirk geschlagen. Ebenso erging es neben dem Finanzminister Nongtu sieben weiteren Ministern. Salseng Marak ist bei allen Wahlen seit 1972 - als Meghalaya indischer Bundesstaat wurde - ins Parlament gewählt worden.

Auch in Nagaland kam es zu einigen Niederlagen bedeutender 'Congress'-Kandidaten. Hier verlor zum Beispiel der ehemalige Chiefminister H. Sema seinen Parlamentssitz. Die Wahlbeteiligung lag in Meghalaya bei 60 Prozent, in Nagaland 75 Prozent. Die für den

gleichen Termin vorgesehenen Wahlen in Tripura sind unterdessen auf den 3. April verschoben worden - im Augenblick könne die Durchführung von freien, fairen und friedlichen Wahlen dort nicht gewährleistet werden, teilte die Wahlkommission mit.

Das Ende einer 'großen Liebe'

Die Regierungschefin Tamil Nadus, Jayalalitha, erklärte Anfang März in Madras das Bündnis zwischen ihrer regionalen AIADMK und der 'Congreß'-Partei für beendet. Sie reagierte damit auf die Ankündigung des tamilischen 'Kongreß'-Führers Ramamurthy, er bereite eine Liste von Korruptionsfällen zur Veröffentlichung vor, in die Regierungsmitglieder der AIADMK verwickelt seien. Außerdem verlange er die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses, um Korruptionsvorwürfe gegen AIADMK-Politiker zu überprüfen. Mit der Erklärung Jayalalithas geht nun endgültig eine Allianz zu Ende, die seit ihrem Beginn 1989 eher durch Spannungen, denn durch Harmonie geprägt war. Bisher unbestätigten Gerüchten aus Madras zufolge sucht die AIADMK nun engeren Kontakt zur BJP, um ein Gegengewicht zur 'Congreß'-Partei zu bilden (zur Politik im Bundesstaat Tamil Nadu siehe auch Beitrag in dieser Ausgabe).



Chiefministerin Jayalalitha (Foto: 'India Today')